



BÉNÉDICTE KURZEN &amp; SANNE DE WILDE / NOOR

FOTO-TABLEAU

## Eins sein zu zweit 4/5

Zwillinge? Links blickt uns ein achtsames Männergesicht entgegen, rechts ein Wesen, das aus einem Horrorfilm entsprungen scheint. Als das nigerianische Brüderpaar den Fotografinnen Sanne De Wilde und Bénédicte Kurzen seinen Heimatort Igbo-Ore zeigte, stiessen die vier auf einen Fels, auf dessen Rücken sich kleine Tümpel gebildet hatten – und schon war die Bildidee geboren; der eine der jungen Männer brauchte nur das Wasser mit der Hand in Bewegung zu versetzen, um das seltsame Doppelporträt entstehen zu lassen. Es könnte gut dazu dienen, die Angst mancher lokaler Bevölkerungsgruppen vor Zwillingen zu illustrieren: Im Gegensatz zu den Yoruba, die sie als Glücksbringer betrachten, empfinden es manche Bassa-Frauen als Fluch, Zwillinge zur Welt zu bringen; auch bei den Efik, Ibibio und Annang sahen in den 1990er Jahren noch knapp 9 Prozent der Frauen eine solche Geburt als Tabu. Früher wurden Zwillinge verstossen und getötet – sogar bei den Yoruba, wo erst im frühen 20. Jahrhundert ein Kulturwandel stattfand. Der Grund für die ungewöhnlich zahlreichen Zwillinggeburten im Südwesten Nigerias ist wissenschaftlich noch nicht eruiert; man vermutet jedoch, dass bestimmte chemische Stoffe, die dort in den Schalen von Yamswurzeln und Cassava in besonders hoher Konzentration zu finden sind, dabei eine Rolle spielen.

Bargeld in der Kritik

## Die Schweiz – ein Geldwäscherparadies?

Gastkommentar

von MARCEL NIGGLI und DAVID ZOLLINGER

Wer am 13. März die NZZ aufschlug, wählte sich in finsternen Zeiten: Bereits auf der Titelseite wurde verkündet, kriminelle Gruppen würden «die Schweizer Rechtslage ausnützen». In den letzten Jahren, so lesen wir, habe sich «in der Schweiz ein neuer Markt für professionelle Geldwäscher etabliert», weil unser Land «wegen einfach zu umgehender Gesetze als Umschlagplatz für Drogenkartelle» gelte. Zu sehen sei das an der Verdoppelung der Geldwäschereiverfahren im Kanton Zürich von 80 auf 150 im Jahr 2014. Der Zürcher Regierungsrat verkündet in bestem Neusprech, dass die «internationale Strukturkriminalität die Schweiz gezielt als Drehscheibe für Geldwäschereiaktivitäten» benutze, weil bei der heutigen Rechtslage «die bisherigen Kontrollinstrumente unvollständig und leicht zu umgehen» seien.

Kritisiert wurde sodann das – notabene 1998 installierte – System der Selbstregulierung, das immer wieder «massive Kritik» auslöse, wobei hierfür als Beleg die «Panama Papers» und die «Paradise Papers» angeführt werden. Besonders schlimm stehe es um den «unkontrollierten Fluss von Bargeld in der Schweiz», das «im Gegensatz zu den allermeisten Ländern in der Schweiz nicht deklarationspflichtig ist – und zwar unabhängig von der Höhe». Eine Strafverfolgerin wird zitiert mit dem Vorschlag, man solle in der Schweiz beim Bargeldbesitz eine Beweislastumkehr einführen: «Der Besitzer des Geldes soll bei verdächtig hohen Summen nachweisen, dass er nichts Illegales macht, und nicht die Strafverfolgungsbehörden.»

Diese doch sehr einseitige Staatspropaganda blieb so gut wie ohne Widerspruch. Weshalb eine Abkehr von wesentlichen rechtsstaatlichen Errungenschaften gerechtfertigt sein soll, erklärt der Artikel nicht. Denn wenn es Ziel des Strafverfahrens ist, möglichst alle vielleicht Schuldigen zu bestrafen, warum dann überhaupt ein Beweis? Das hindert doch nur. Unerwähnt blieb auch, dass die ständig steigende Anzahl der Meldungen und der eingeleiteten Verfahren (nicht Verurteilungen!) wohl in erster Linie auf behördlichen Druck zum Erstatzen von Meldungen zurückzuführen ist. Die Kriminalstatistik zeigt eindrücklich, dass nur ein verschwindend kleiner Teil der gemeldeten Sachverhalte auch tatsächlich zu Verurteilungen führt. Natürlich kann man daraus ableiten, die Gesetzgebung sei immer noch nicht strikt genug. Tatsächlich ist das wohl eher darin begründet, dass zumeist nur das Geld in der Schweiz liegt, während die ausländischen Vortaten von hier aus nicht abgeklärt

werden können. Dagegen hilft auch eine vermehrte Bargeldkontrolle nicht. Die Selbstregulierung schliesslich wurde vor 20 Jahren als Alternative zum staatlichen Moloch gewählt – statt Tausender von Beamten in Bern sollten private Fachleute den Markt kontrollieren. Bezahlt wird diese Kontrolle nicht vom Steuerzahler, sondern von den Kontrollierten selber.

Die Behauptung im Artikel, dass nur in der Schweiz Bargeld nicht deklarationspflichtig sei, ist schlicht falsch. Im Gegenteil: Nur in totalitären Staaten gibt es rigide Bargeld- und Devisenkontrollen, nicht aber in Industrieländern. Einige Länder wie z. B. Deutschland verlangen bei der Ein- und Ausreise an der Grenze ab einem gewissen Betrag eine Deklaration des mitgeführten Bargeldes. Das hat aber wenig mit Geldwäscherei, dafür primär mit der Steuerfahndung zu tun. Gleiches gilt für Länder wie Italien, wo mittlerweile Barzahlungen nur noch bis zu einem Betrag von 3000 Euro möglich sind; auch in Deutschland gibt es solche Pläne. Auch hier wird die Geldwäscherei nur vorgeschoben. Primär geht es um das Entdecken un versteuerten Geldes. Als Folge davon feiert die Tauschwirtschaft Urständ, und Parallelmärkte entstehen. Gewaschen wird Geld in grossem Stil, und in diesem Punkt trifft der Artikel zu, in erster Linie im Rahmen von ganz legalen Geschäften, bei denen «sauberes» mit «schmutzigem» Geld vermischt wird. Das geschieht kaum in der Form von Bargeld, sondern mittels Buchgeld, das unter einem Vorwand in den Büchern steht.

Es entstand in den letzten zwanzig Jahren ein sehr deutlicher Trend der Verwaltung, immer mehr Tatbestände als Vortaten der Geldwäscherei zu definieren und die Schwelle für strafbares Verhalten immer mehr zu senken. Das mag man politisch richtig finden oder auch falsch. Nicht nur auf behördlicher Seite, sondern auch in den Unternehmen sind Legionen von Menschen damit beschäftigt, immer neue Regeln aufzustellen und deren Einhaltung zu kontrollieren. Wenn die Resultate trotz hohen Kosten mager bleiben, kann man natürlich behaupten, das liege am Ungenügen von Kontrollen und Regulierung, doch lässt sich diese Behauptung eben gar nie widerlegen. Die Forderung aber, der Einzelne solle beweisen, dass er sich korrekt verhalten habe, und nicht der Staat das Gegenteil, verlangt nicht nur Unmögliches, sondern ist durch und durch totalitär.

Marcel Niggli ist Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Freiburg; David Zollinger ist ehemaliger Staatsanwalt und heute selbständiger Rechtsanwalt.

Über das Lautwerden hämischer Kommentare

## Schadenfreude beim Weltuntergang

Gastkommentar

von MANFRED SCHNEIDER

Seit einigen Jahren geht ein neuer Ton durch die politischen Kommentare in vielen Medien: der hämische Ton. Es ist eine Sprechweise, die das Scheitern und Misslingen in der Politik sowie in lebenswichtigen Angelegenheiten der Gesellschaft und des Staates mit zynischer Genugtuung begleitet. Die Häme und die sie begleitenden Affekte haben heute ihr Biotop in den Netzforen und Social Media, wo längst alle schäbigen Töne, Hass, Neid, Schadenfreude, Schmähung, ihre Feigenblättchen abgerissen haben. Inzwischen ist der tausendfach gedruckte Satz «Das Netz reagiert mit Spott und Häme» keine Nachricht mehr, sondern bezeichnet einen Zustand. Er scheint mittlerweile unheilbar.

Anders in den öffentlichen Medien. Um sie muss man sich sorgen. Dort verbirgt sich die Häme nicht im Anonymen, sondern tritt im Namen der Meinungsfreiheit auf. Sie ist ein neuer Stil der Hyperkritik und zeigt einen grundlegenden Einstellungswechsel im öffentlichen Diskurs an: kritisches und polemisches Urteilen, ohne beteiligt zu sein.

Unbestreitbar bleibt, dass die Politik ein Forum der Leidenschaften ist, positiver wie negativer Affekte, ja rücksichtsloser und bisweilen kriegerischer Gesten und Worte. Auch Heimtücke, Intrige, Neid zählen von jeher zum Politischen in aller Welt und in allen Herrschaftsformen. Aber es ist trotzdem immer noch Beteiligung! Das Lautwerden der Häme hat indessen etwas Bedrohliches, denn sie ist kalte Gleichgültigkeit, die mit giftiger Zunge spricht.

Der Journalist Alexander Görlach hat der politischen Häme ein ganzes Buch gewidmet mit dem Titel «Wir wollen euch scheitern sehen». Darin kritisiert er die schäbigen Kommentare, die auf gescheiterte Prominente wie den Minister von Guttenberg oder den FC-Bayern-Präsidenten Uli Hoeness niedergingen. Aber die destruktive Wirkung der Häme im politischen Diskurs wirkt weit darüber hinaus.

Das Wort «hämisch» bedeutete ursprünglich so viel wie «dunkel», «verborgen» und nahm mit der Zeit den Wert von «listig» und «boshaft» an. Die Häme ist die Tonart der Schadenfreude, und die lässt sich nicht zum Verstummen bringen. Das Scheitern der Grossen, Übermächtigen und Prominenten bereitet dem Neid und der Ohnmacht eine begreifliche Lust.

Doch wird die hämische Freude zu einem auto-aggressiven Affekt, wenn sie über das Desaster in der eigenen Welt herzieht. Giftig ist das Lachen über alles Vergebliche. Dies gilt zum Beispiel für die

Kommentare, die das drohende Verschwinden politischer Parteien wie der FDP oder der SPD begleiten. Oder die mageren Ergebnisse der Umweltkonferenzen. Erst recht über die Umweltaktivistin Greta Thunberg. Oder das Versagen der Geheimdienste. Oder das Scheitern grosser Projekte wie des Flughafens Berlin-Brandenburg. Oder die dauernden Pannen bei der Deutschen Bahn. Erst recht den Brexit. Als beträfen die Folgen dieses Misslingens nicht uns alle. Dabei ist Häme zu unterscheiden von Satire, Spott, Sarkasmus und anderen Registern der Kritik. Das sind immer noch Sprechweisen der Beteiligung, die sagen: «Wir wollen es anders!»

Die Häme, die das Desaster und das kollektive Scheitern gleichgültig und mit vergifteter Zunge kommentiert, hat zwei Nebeneffekte, die auch das Soziale ruinieren: den Fatalismus und das Schwinden von Solidarität. Der Fatalismus findet sich mit den Übeln in Politik und Wirtschaft ab, weil er sie für unabänderlich hält. Aber er zerstört das Vertrauen in die Lebenskräfte der Demokratie und Gesellschaft.

Die alten Allianzen von Dummheit, Herrschaft, Fanatismus und Indifferenz, die die politischen Katastrophen spinnen, haben sich heutzutage mit dem Technofatalismus verbrüderd, der daraus entsteht, dass wir uns die Dinge nach und nach aus den Händen nehmen lassen. Die Automaten aus unserem Bequemlichkeits-Gerätepark, Autos, Elektrogeräte, Computer, Spielzeug, die nahenden Roboter der künstlichen Intelligenz, züchten Passivität und Indifferenz. Funktionieren sie nicht mehr, dann bestellt man sie neu. Aber eine neue Gesellschaft findet sich in keinem Versandhandel.

Der Ruin von Solidarität hängt mit dem Fatalismus zusammen. Wer glaubt, dass alles, was in unserer Welt schief läuft, nicht beeinflusst und nur noch hämisch kommentiert werden kann, der hat damit nichts mehr zu tun. Es lohnt sich nicht, anderen beizustehen. Warum helfen, spenden, Mitgefühl ausdrücken? Doch hat der politische kritische Diskurs nur dann einen Sinn und verdient Aufmerksamkeit, wenn er zum Ausdruck bringt, dass es um eine gemeinsame Sache geht. Sein authentischer Ton sind Sorge und Solidarität.

Dem Fatalismus ist der tragische Sinn verkümmert, der sich von Unglück und Scheitern erschüttern lässt, aber auch wieder aufsteht. Der Fatalismus wartet auf die Apokalypse, um recht zu behalten. Und dann spricht er im hämischen Ton: «Es geschieht euch recht, dass die Welt untergeht.»

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.